

## **V-20 Für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Vielfalt. Gegen die Entrechtung von Schutzsuchenden in Berlin.**

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 30.11.2024  
Tagesordnungspunkt: TOP 9 Verschiedenes

1 „Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch in seiner Würde und Freiheit.  
2 Jeder Mensch  
3 ist einzigartig und gleich an Würde und Rechten geboren. Die universellen und  
4 unteilbaren  
5 Menschenrechte sind Anspruch und Maßstab unserer Politik.“ – so lautet der erste  
6 Satz im  
7 Bündnisgrünen Grundsatzprogramm.

8 Der Fakt, dass Rechte für alle gleich gelten, ist ein zentraler Bestandteil einer  
9 funktionierenden Demokratie. Die Würde und Freiheit eines jeden Individuums sind  
10 eng mit  
11 stabiler Rechtsstaatlichkeit und Demokratie verbunden.

12 Deutschland ist ein Einwanderungsland und das ist auch gut so. Unser Land ist  
13 vielfältiger  
14 denn je, was zu einer dynamischeren, kreativeren und inklusiveren Gesellschaft  
15 führt. Die  
16 Grundlage dieser Gesellschaft ist eben die Allgemeingültigkeit ihrer rechtlichen  
17 Basis.  
18 Diese gibt Sicherheit, fördert den sozialen Zusammenhalt und bereichert das  
19 wirtschaftliche  
20 sowie kulturelle Leben.

21 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine Politik ein, die die Vielfalt unserer  
22 Gesellschaft als Stärke sieht und die Freiheit aller verteidigt. Wir gestalten  
23 die Zukunft  
24 Deutschlands als eine gerechte, offene und vielfältige Migrationsgesellschaft.

25 **Der Prüfstein dieser Prinzipien besteht darin, wie wir mit unseren schwächsten  
26 Mitgliedern  
27 umgehen, denjenigen, die nicht für sich lobbyieren können.**

28  
29

20 Eine funktionierende Rechtsstaatlichkeit schützt die Rechte aller, insbesondere  
21 der  
22 verletzlichsten Gruppen. Indem wir sicherstellen, dass auch die Schwächsten  
23 Zugang zu ihren  
24 vollen Rechten haben, auch mittels unabhängiger Beschwerdestellen, unabhängigem  
25 Menschenrechts-Monitoring, anwaltlicher und rechtspolitischer Vertretung, sowie  
26 *human rights*  
27 *budgeting*, stärken wir die Gesellschaft und das demokratische System als Ganzes.  
28 Wenn wir  
auf die Bedürfnisse und Rechte derjenigen achten, die am meisten Unterstützung  
benötigen,  
fördern wir zudem ein gerechtes und inklusives System für uns alle. Letztlich  
profitieren  
wir alle von einer Gesellschaft, die die Würde und Freiheit jedes Individuums  
respektiert  
und schützt. Gerade wenn uns der Wind von rechts entgegenbläst, müssen wir zu  
unseren Werten  
von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie stehen und für sie kämpfen.

29 Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat die größte Fluchtbewegung in  
30 Europa seit dem  
31 Zweiten Weltkrieg ausgelöst. Auch der Konflikt im Nahen Osten hat Millionen  
32 Menschen in  
33 Israel, Gaza, der Westbank und dem Libanon vertrieben. Menschen fliehen aus  
Kriegs- und  
Krisengebieten wie Afghanistan oder Syrien aufgrund von Terror, Krieg oder  
politischer  
Verfolgung.

34 Wir erkennen an, dass erhebliche Herausforderungen bei der Versorgung und  
35 Unterbringung von  
36 Geflüchteten und in der sozialen Infrastruktur, wie Schulen und Kindergärten,  
37 bestehen.  
38 Dennoch sind Abschottung, Abschiebung und eine immer schlechtere Behandlung – wie  
der  
Ausschluss von Sozialleistungen – nicht der richtige Ansatz, um diese Probleme zu  
bewältigen.

39 Ständige, sich überbietende Forderungen nach immer weiteren  
40 Asylrechtsverschärfungen lösen  
41 die bestehenden Probleme allerdings nicht, sondern verstärken sie. Unsere  
42 Demokratie beruht  
43 auf unveräußerlichen Grundrechten. Eine Politik der Entrechtung ist in der  
freiheitlichen  
Demokratie nicht umsetzbar, die Forderung danach bestärkt rechte Stimmen, anstatt  
sie zu

entwaffnen.

44 Rechtspopulistische Entrechtungspolitik hält auch verfassungs- und  
45 menschenrechtlicher  
46 gerichtlicher Kontrolle nicht stand – zumindest nicht im menschenrechtsbasierten  
47 politischen  
48 System der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union. Diese  
institutionelle  
Dynamik führt in ohnehin krisenhaften Zeiten zu weiteren Vertrauensverlusten der  
Bürgerinnen  
und Bürger in die Handlungsfähigkeit von Politik.

49 Der sich vor unseren Augen abspielende asylpolitische Überbietungswettbewerb  
50 spielt  
51 Rechtsextremist\*innen in die Hände, deren menschenverachtende  
Deportationsphantasien  
plötzlich salonfähig werden.

52 Demokratische Parteien müssen sich bei allen programmatischen Unterschieden klar  
53 auf den  
54 Boden der Grund- und Menschenrechte stellen und sie gegen rechtsextreme Politik  
55 verteidigen.  
56 Umso problematischer ist es, wenn die CDU das von der AfD kopierte und klar  
57 grundrechtswidrige sogenannte „Ruanda-Modell“ zur faktischen Abschaffung des  
58 Grundrechts auf  
59 Asyl in Europa sogar in ihr Grundsatzprogramm aufnimmt. Dies ist nur ein Beispiel  
für die  
Radikalisierung des Konservatismus, den die Politikwissenschaftlerin Natascha  
Strobl in  
ihrem Buch *Radikalisierte Konservatismus. Eine Analyse* (Berlin: Suhrkamp, 2021)  
beschrieben  
und eingeordnet hat.

60 Darüber hinaus sendet die Politik der Entrechtung fatale Signale in die  
61 Migrationsgesellschaft, die uns bereichert und auf die wir angewiesen sind.

62 Arbeitsverbote sowie fehlende Integrations- und Teilhabeangebote wie  
63 Ausbildungsplätze und  
64 Beschulung in Aufnahmeeinrichtungen anstatt in Regelschulen, wie es in Berlin  
65 passiert,  
66 führen zur Isolation von Migrant\*innen und verhindern deren aktive Teilnahme an  
67 unserer  
Gesellschaft. Dies ist von niemandes Interesse, da sie so unselbstständig und  
unmündig  
gemacht werden, während vom Staat eingesetzte Mechanismen die Verantwortung für

das Leben  
dieser Menschen übernehmen müssen.

68 Zudem verstärken die Unterbringung in Massenunterkünften und die Ghettoisierung  
69 die  
70 Entfremdung und Isolation und können zu einer Zunahme von Kriminalität führen.  
Statt  
Kriminalität und Extremismus zu bekämpfen, werden sie durch diese Maßnahmen  
begünstigt.

71 Eine Einteilung in „nützliche“ Migrant\*innen (Arbeitskräften, die bleiben dürfen)  
72 und  
73 „irreguläre“ Schutzsuchende, die abgeschoben werden sollen, gefährdet unsere  
74 freiheitliche  
75 Demokratie, spaltet unsere Gesellschaft und macht wirtschaftlich keinen Sinn.  
76 Neben der  
77 Tatsache, dass selbst bei gut ausgebildeten Menschen oft keine legale Möglichkeit  
der  
Einreise besteht, werden hier die Chancen verkannt, die auch diejenigen für  
unsere  
Gesellschaft darstellen, die noch zusätzliche Sprachkenntnisse oder  
Bildungsabschlüsse  
erwerben müssen.

78 Die Radikalisierung asylpolitischer Forderungen verstärkt die soziale Ausgrenzung  
79 der  
80 Schwächsten, führt zu einer weiteren Spaltung der Gesellschaft und spielt  
81 antidemokratischen  
Kräften in die Hände. Letztlich ist es entscheidend, die Würde und Rechte aller  
Menschen zu  
achten, um ein gerechtes und inklusives System zu fördern.

82 Nach dem schrecklichen Messerattentat in Solingen und dem glücklicherweise  
83 vereitelten  
84 Terroranschlag auf die israelische Botschaft in Berlin haben auch die Berliner  
85 SPD und CDU  
weitere Verschärfungen des Asylrechts gefordert. Diese Art von Symbolpolitik  
trägt aber  
nicht zu mehr Sicherheit bei.

86 Wir lehnen jegliche Generalisierungen und Rassismen gegenüber Geflüchteten,  
87 Menschen mit  
88 Migrationsgeschichte und muslimisch gelesenen Menschen ab. Die Tat einer  
89 Einzelperson lässt  
90 in keinster Weise einen Rückschluss auf geflüchtete Menschen, Menschen mit

91 Migrationsgeschichte oder muslimisch gelesene Menschen im Allgemeinen zu. Statt  
92 Menschen auf  
Grund ihrer (vermeintlichen) Herkunft unter Generalverdacht zu stellen und ihre  
Rechte  
weiter einzuschränken, sollten bei der Erarbeitung politischer Konsequenzen  
Hintergründe von  
Radikalisierung und psychischer Erkrankung identifiziert und ausgewertet werden.

93 Zunehmende Kürzungen im sozialen Bereich, insbesondere in der psychosozialen  
94 Versorgung von  
95 geflüchteten Menschen, aber auch die zunehmend desolate Situation in den  
96 Wohnheimen, führen  
97 zu einer Prekarisierung von psychischen Auffälligkeiten, gleichzeitig fehlt es an  
98 Prävention  
99 von Radikalisierung. Hinzu kommt, dass das deutsche Asyl- und Migrationssystem,  
100 durch einen  
101 Mangel an Identifikation von Hilfebedarfen, Personalmangel und menschenunwürdigen  
Bedingungen in Behörden und Unterkünften, Belastungsfaktoren und Vulnerabilität  
erhöht,  
statt Unterstützung zu bieten. Ein System, das Menschen handlungsunfähig macht  
und in  
menschenunwürdigen Bedingungen ausharren lässt, verstärkt psychische Belastung  
und  
Erkrankung, Wut und Radikalisierung, anstatt diese zu bekämpfen.

102 Extremismus, insbesondere Islamismus, kann nicht durch Gesetzesverschärfungen wie  
103 die  
104 Streichung der Grundversorgung von Schutzsuchenden oder durch schnellere  
105 Abschiebungen von  
106 Familien bekämpft werden. Migrationspolitik im Kontext von Terrorismusbekämpfung  
107 zu  
diskutieren ist ein gravierender politischer Fehler, der Rechtsextremen in die  
Hände spielt  
und so unsere freiheitliche Demokratie gefährdet. Vielmehr wird unsere  
freiheitliche  
Demokratie dadurch gefährdet und an den Rande des Übergangs zum Autoritarismus  
geführt.

108 Geflüchtete unter Generalverdacht zu stellen, immer weiter zu entrechteten und für  
109 die  
110 multiplen Krisen unserer Zeit verantwortlich zu machen, ignoriert die Realität,  
dass viele  
dieser Menschen selbst vor Islamismus und Terror fliehen mussten.

111 Auch der Regierende Bürgermeister hat diese Realität in seinen jüngsten

112 Äußerungen  
hartnäckig ignoriert.

113 Wir müssen uns dem entschieden entgegenstellen.

114 Diese Maßnahmen lösen keine Probleme, sondern machen das Leben vieler Menschen  
115 beschwerlicher.

116 Diese Entwicklung macht unser Land ärmer und ist ein Nährboden für extremistische  
117 Parteien  
wie die AfD, deren falsche, autoritäre und menschenfeindliche Narrative nur  
gestärkt werden.

118 Unsere Antwort auf Trumpismus, AfD-Wahlerfolge und die Verschiebung des Diskurses  
119 nach  
120 rechts muss auf Prävention und demokratischer Teilhabe basieren.  
121 Demokratieförderung,  
Menschenrechts- und Sozialpolitik sind entscheidende Maßnahmen zur Bekämpfung von  
Extremismus und Rechtspopulismus.

122 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine Politik, die die Vielfalt unserer  
123 Gesellschaft stärkt  
und die Freiheit aller verteidigt.

124 Ein herausragendes Beispiel für die konstruktive Gestaltung von Teilhabe in  
125 Berlin ist das  
126 Gesetz zur Förderung der Partizipation in der Migrationsgesellschaft (PartMigG),  
127 das aus  
128 einer Initiative des Migrationsrates Berlin hervorgegangen ist und mittlerweile  
129 (2021) in  
130 einem partizipativen Prozess novelliert wurde. Es schreibt verbindliche  
131 Strukturen der  
132 Mitbestimmung vor und sichert die Diversitätsentwicklung der Verwaltung. Berlin  
hat dort –  
auf Initiative der Grünen - den bundesweit ersten Beirat für die Angelegenheiten  
der Roma  
und Sinti gesetzlich verankert. Insgesamt stellt das Gesetz einen bedeutenden  
Fortschritt in  
Richtung einer gerechteren und inklusiveren Stadtgesellschaft dar, die die  
Potenziale aller  
ihrer Mitglieder erkennt und fördert.

133 Ein weiteres zukunftsgerichtetes Beispiel für Teilhabe und Mitgestaltung in  
134 unserer

135

136 Migrationsgesellschaft ist die Bundesratsinitiative der Fraktionen von SPD,  
137 BÜNDNIS 90/DIE  
138 GRÜNEN und Die Linke vom 20. Oktober 2022. Diese Initiative fordert, dass der  
139 Senat im  
Rahmen seiner Kompetenzen darauf hinwirkt, das Wahlrecht für Unionsbürger\*innen  
auf die  
Landesebene zu erweitern. Zudem soll Drittstaatsangehörigen, die seit mindestens  
fünf Jahren  
in Deutschland leben, ebenfalls das Wahlrecht auf Landes- und kommunaler Ebene  
ermöglicht  
werden.

140 Statt in alte reaktionäre Muster zurückzufallen, die unsere  
141 Migrationsgesellschaft nicht  
142 anerkennen und unsere freiheitliche Demokratie gefährden, sollten wir mutig  
143 zukunftsorientierte Projekte vorantreiben. Nur so können wir als  
Stadtgesellschaft  
Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Vielfalt leben.